

Bürgertum, ArbeiterInnen, Elitarismus – Was ist gemeint?

Im Vorfeld des [„Selber machen“-Kongresses](#), der vom 28. bis 30.04. in Berlin stattfinden wird, scheint eine Diskussion über soziale Kämpfe in Gang zu kommen. Bereits 2015 beschäftigte sich die Antifa Kritik und Klassenkampf unter der Überschrift [„Der kommende Aufprall“](#) mit der [„Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise“](#) (Kurzfassung: [dort](#)); 2016 folgte ein Papier aus Bremen [„Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik“](#). Mitte März veröffentlichte die Basisgruppe Antifa [„Thesen zu sozialen Kämpfen“](#) ([.pdf-Version](#)), zu denen wir unseinerseits [ein paar Anmerkungen](#) geschrieben und bei linksunten veröffentlicht hatten. Jetzt folgte vom [Autonomie Magazin](#) ein Text zu [„Basisorganisation als Grundpfeiler eines revolutionären Aufbauprojekts“](#), und wir möchten noch einmal unseren Senf dazugeben.

1. Den drei Ausgangspunkten des neuesten Papiers dieser Reihe können wir vorbehaltlos zustimmen:

„Immer wieder ergeben sich in den Diskussionen der autonomen Linken drei grundsätzliche Probleme: Erstens das Fehlen konkretisierter Ideen und linker gesellschaftlicher Alternativen. Zweitens die bewusste Nichtformulierung alltäglich und realistisch zu erreichender Ziele und drittens die fehlende Verankerung und Organisation in Betrieb, Stadtteil, Schule, Uni etc.“

2. Bei der Schlußfolgerung aus den drei Ausgangspunkten sind wir allerdings schon etwas skeptischer:

„Wir brauchen einen Bruch mit der bisherigen linken Kultur der letzten Jahrzehnte, die getragen ist von Arroganz, Elitarismus und dem Hass auf ArbeiterInnen, wenn wir die Irrelevanz der radikalen Linke überwinden wollen.“

Was ist mit „Arroganz, Elitarismus und dem Hass auf ArbeiterInnen“ genau gemeint? Uns scheint jedenfalls, daß „Elitarismus“ im Sinne von pauschaler und vor allem kulturell begründeter Abgrenzung von den „Normal@s“ in der autonomen Szene von Ende der 1980er Jahre deutlich ausgeprägter war als in dem, was heute aus ihr geworden bzw. von ihr übrig geblieben ist.

Gutes und Schlechtes scheint uns dabei zusammengekommen zu sein: Einsicht in die Nützlichkeit von offen auftretenden und bundesweit in Strömungsbündnissen¹ ([IL](#), [UG](#),

1 Insofern in die *ganz falsche* Richtung zu führen, scheint unseres Erachtens der noch neuere Text von rascal: *„Die politischen Gruppen sind nicht die Lösung, sie sind das Problem! Ein Plädoyer gegen politische Gruppen und für eine Organisation und Politik mit Bezug zu Alltag, Betroffenheit und Bedürfnissen“*; <https://linksunten.indymedia.org/de/node/208524>.

Ökonomismus (im weiten [und erst recht im engen] Sinne) ist unseres Erachtens jedenfalls *keine revolutionäre* Alternative zum Kulturalismus der Szene-Linke. (Unter „Ökonomismus“ verstehen wir an dieser Stelle jede Unterschätzung der Bedeutung des Politischen – sei es, daß sich tatsächlich auf Kämpfe um Lohnerhöhungen und höhere Sozialleistungen beschränkt wird; sei es, daß die *eigenständige* Bedeutung der Frage der politischen Macht gegenüber dem spontanen Selbstlauf der Kämpfe vernachlässigt wird.)

Vielmehr bedarf es auch für den Bezug auf soziale Kämpfe eines **politischen Planes**:

- Da es für politische AktivistInnen wohl nicht darum gehen kann, einfach nur abzuwarten, bis andere anfangen zu kämpfen und dann mitzumachen, sondern darum gehen sollte, selbst *initiativ* werden, müßte die erste Frage wohl die Frage nach der Gesellschaftsanalyse und konkreter und *aktueller* nach der Analyse der gegenwärtigen Lage sein. An welchen Punkten besteht aktuell Aussicht, objektive Widersprüche zu subjektiven Kämpfen zuzuspitzen? Was sind

Perspektive Kommunismus, 3A) organisierten Gruppen und in die Notwendigkeit von Bündnissen mit ReformistInnen einerseits und die neoliberale Beseitigung von sozialstaatlichen Nischen und Stadtteil-Umstrukturierungen andererseits, die die materielle Basis des subkulturellen Szene-Modells in Frage stellten. Eine alles andere als „elitäre“, aber nicht weniger problematische Begleiterscheinung vor allem bei der IL, aber auch Zusammenhängen außerhalb der genannten vier bundesweiten Bündnisse ist die Rücknahme von eignen politischen Ansprüche, die Anpassung an BündnispartnerInnen und die Selbstreduktion auf „Lückenfüller für Funktionen, die Kirchen, Parteien, humanistische Kräfte nicht mehr besetzen“. Insbesondere der Zerfall der Stadtguerillagruppen Rote Armee Fraktion, Revolutionäre Zellen und Rote Zora hat – ungeachtet dessen, was an deren militärischer, politischer und theoretischer Praxis im Einzelnen zu kritisieren sein mag – zu einem bis heute nicht wieder beseitigten Mangel an grundsätzlicher revolutionärer Orientierung geführt.²

3. Wir hatten bereits zu den Thesen der Basisgruppe Antifa (BA) angemerkt: „Bloß die eigenen Lebensumstände zum Ausgangspunkt für Politik zu nehmen, scheint uns zu ‚konkretistisch‘ zu sein. Gerade heute, wo die revolutionäre und radikale Linke so schwach ist, müsste die Priorität auf die programmatische (theoretische) Erarbeitung der sozialen Realität und einer Strategie für einen Organisationsaufbau liegen, bevor man ‚vor Ort‘ (Stadtteil, Betriebsgruppen etc.) intervenieren könnte. Denn auch für Interventionen vor Ort bedarf es ja eines – auf Gesellschaftsanalyse sowie Hypothesen zu Relevanz und Wirksamkeit aufbauenden – Konzeptes/Plans.“

Wir konnten aber auch zustimmend aus dem Papier der BA zitieren: Soziale Kämpfe können „auch im Interesse der herrschenden Ordnung sein“ und, daß es deshalb wichtig ist, sie „bewusst zu führen.“

sinnvolle (und das heißt: sowohl durchsetzbare als auch weitergehende Perspektiven eröffnende) Kampfziele? Was soll durchgesetzt / was abgewehrt werden? Welchen Aktionsformen sind dafür geeigneter und welche weniger oder gar nicht geeignet?

- Außerdem: Wenn von „Organisierung“ die Rede ist, kann es unseres Erachtens auch nicht darum gehen, alle, die ‚irgendetwas mit Basis machen‘, bzw. alle Leute, die *irgendwo* für *irgendetwas* kämpfen zu sammeln – also, daß im Zweifel alle Beteiligten an der Organisierung / alle Mitglieder der Organisation die vorgenannten Fragen unterschiedlich beantworten. Das, was eine Organisation/Organisierung von einer Diskussionsrunde unterscheidet, ist, daß es nicht nur ein gemeinsames Thema, sondern auch gemeinsame Antworten gibt. Es bedarf also einer *gemeinsamen* Gesellschaftsanalyse (Was sind die strukturellen gesellschaftlichen Widersprüche? Was aktuelle Konfliktlinien? Wie ist das Kräfteverhältnisse? etc.), einer *gemeinsamen* Strategie (Wie läßt sich das Kräfteverhältnis zugunsten welcher Kräfte verändern?) und *gemeinsamer* Ziele (Für was soll eigentlich gekämpft werden?).

² Etwas genauer gesagt:

Egal,

- wie unmarxistisch – da teils spontaneistisch (Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader), teils klassenindifferent-antiimperialistisch (alles ab der Erklärung zur Aktion des Schwarzen September)] – die Texte der RAF waren;

egal,

- wie falsch, da personalisierend, es überhaupt war, einzelne Funktionäre von Staat und Kapital umzulegen;

egal,

- was an der sozialrevolutionären Tendenz der Revolutionären Zellen zu operaistisch
- und an deren internationalistischer Tendenz auch (wie im Falle der RAF) zu klassenindifferent-antiimperialistisch und an deren Aktionen falsch war

und egal,

- welche kritischen Fußnoten zu den Texten der Roten Zora zu machen wären:

solange diese Gruppen noch *alive* waren, war in der Szene-Linken zumindest noch klar, daß es um mehr als Hausprojekte, Demos sowie gelegentliche Entglasungen und Brandsätze gehen sollte, sondern daß es einer langfristigen Strategie bedarf, die auf so etwas wie die „Machtfrage“ (und sei es auch nur gradualistisch entschärft) zielt.

In dem jetzigen Papier des *Autonomie Magazins* scheint uns das Pendel nun noch mehr in Richtung eines blauäugigen Blicks auf soziale Kämpfe und Basisorganisationen auszu-schlagen: „Zu unserem Glück fängt Basisorganisation nicht in der eigenen politische Gruppe an, sondern im Alltag, dort wo wir arbeiten, wohnen, lernen und feiern. An all den Orten, an denen wir uns begegnen und uns gemeinsam arrangieren oder, besser gesagt, organisieren müssen. [...]. Die Organisation der Basis ist schon deshalb Hauptbestandteil vernünftiger revolutionärer Politik, weil nur ein gesellschaftlicher Aufbau von Unten nach Oben (im Gegensatz zu Staats- und Klassenherrschaft) tatsächlich demokratisch und somit emanzipativ ist.“

Hier scheint uns dann doch allzu sehr übersehen zu werden, daß der bloße Umstand, daß eine Organisation an der Basis stattfindet noch lange nicht garantiert, daß die Inhalte, um derentwillen die Organisation stattfindet, auch emanzipatorisch sind.

4. Auch mit dem Ausdruck „tatsächlich demokratisch“ haben wir so unsere Probleme: Was unterscheidet „tatsächlich demokratisch“ von bloß „scheinbar“ oder „nicht ausreichend demokratisch“? Wenn „tatsächlich demokratisch“ nicht nur ein Leerformel sein soll, müsste diesbezüglich unseres Erachtens deutlich mehr begriffliche und theoretische Butter bei die Fische gegeben³ und reflektiert werden, daß Demokratie wörtlich „Volksherrschaft“ bedeutet, und der Kommunismus doch aber eine Gesellschaft *ohne* Herrschaft sein soll.

5. Auch der Ausdruck „Basis“ scheint uns in dem Papier etwas unterbestimmt zu sein: „Die Basis der Gesellschaft, das sind die Betriebe (Produktion von Gütern), die sozialen und medizinischen Einrichtungen (Bereitstellung von Dienstleistungen), Schulen und Unis (Erziehung und Bildung der Gesellschaft), Kulturstätten (Kulturelles Leben der Gesellschaft) und der öffentliche Raum. Zu diesen kommen die Orte der Pflege und Reproduktion hinzu, welche in der jetzigen Gesellschaft patriarchal bestimmt sind.“

Daran ist auf alle Fälle richtig, auch „die Orte der Pflege und Reproduktion“ zur „Basis“ (wir würden vorschlagen, präziser von „*materieller* Basis der *Gesellschaft*“ zu sprechen und diese bspw. von „politischer, personeller und soziologischer Basis“, die auch z.B. jede Parlamentspartei hat, zu unterscheiden) zu zählen⁴; da Erziehung und Bildung der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, mögen auch diese zur „Basis“ gezählt werden; des weiteren die Kulturindustrie und die kulturellen Apparate, insofern auch da einerseits Arbeit verausgibt und andererseits Arbeitskraft (durch Freizeit) reproduziert wird.

Inwiefern der „öffentliche Raum“ zur „Basis“ gehört, erschließt sich uns allerdings – jedenfalls *ohne* nähere Erläuterungen – nicht.

3 Vgl. z.B.: <http://basisgruppe-antifa.org/wp/2011/11/17/antikapitalismus-statt-echter-demokratie-2/> und http://aze.blogspot.eu/files/2014/01/aze-demokratie_web-final.pdf (S. 25 - 32).

4 „Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung“ (MEW 21, 27 f.) Vgl. Lenins ironische Frage zu N.K. Michailowskis Nahelegung, die Kindererzeugung sei nicht Bestandteil der materiellen Basis (LW 1, 141 f.): „Wie denn, glaubt Herr Michailowski am Ende, die Verhältnisse bei der Kindererzeugung gehörten zu den ideologischen?“ (ebd., 143).

Leider haben die MarxistInnen, Engels und Lenin eingeschlossen, bisher in den seltensten Fällen die notwendigen Konsequenzen aus diesen Einsichten gezogen.

6. Weiter unten heißt es dann in dem Papier:

„Das Ziel von Basisorganisation ist also Selbstermächtigung im kollektiven Maßstab. In der Konsequenz ist ein solcher revolutionärer Aufbau stets der Aufbau von Gegenmacht, die dazu dient, die Widersprüche zu Gunsten der einen oder anderen Seite im Kampf um die Gesellschaft aufzulösen. Ziel autonomer Politik muss es sein, solche Basisinitiativen und widerständigen Regungen zu schaffen oder zu unterstützen und mit antikapitalistischer, feministischer und antirassistischer Theorie zu unterfüttern und sie auszubauen.“⁵

Dem *letzten* Satz in dem Zitat können wir auf alle Fälle zustimmen – auch wenn wir uns nicht als „Autonome“, sondern als „KommunistInnen“ verstehen und deshalb von „kommunistischen“ und/oder „revolutionären“ Gruppen und Organisationen sprechen würden.

Aber wie *entscheidend* die „antikapitalistische, feministische und antirassistische Theorie“ ist, scheint in den beiden im Zitat *davor* stehenden Sätzen wiederum etwas unterzugehen:

- Ist das „Ziel von Basisorganisation“ wirklich immer „Selbstermächtigung“?! Kann Basisorganisation nicht auch der Fremdermächtigung dienen, z.B. der Ermächtigung des Vorstandes einer bürokratisierten Partei? Auch CDU und SPD haben Kreisverbände und führen jedenfalls auf ihren untersten Organisationsebenen Mitgliederversammlungen durch. „Basisorganisation“ scheint uns – so ähnlich wie die „Basisdemokratie“ der frühen Grünen – eine terminologische Wundertüte zu sein, bei der unklar bleibt, durch welche *Formen und Mechanismen* die versprochenen Wunder zustande kommen sollen.

Und selbst wenn z.B. das Wunder „Selbstermächtigung“ zustande kommt: Ist „Selbstermächtigung“ wirklich immer so eine tolle Sache, z.B. wenn eine Nazi-Clique selbstermächtigt eine Geflüchteten-Unterkunft angreift?

- Etwas unklar ist uns auch die Formulierung: „ein solcher revolutionärer Aufbau [ist] stets der Aufbau von Gegenmacht“. Auch wenn wir zustimmen würden, daß eine erfolgreiche Revolution den vorherigen Aufbau von Gegenmacht *voraussetzt*, ist doch eine erfolgreiche Revolution gerade *mehr* als bloße Gegenmacht.
- Und schon gar nicht sind wir überzeugt, daß Basisorganisation auch immer gleich schon „revolutionärer Aufbau“ bedeutet.

7. Im darauf folgenden Abschnitt des Papiers wird dann die oben schon zitierte Schlußfolgerung aus den drei Ausgangspunkten des *Autonomie Magazins* genauer erläutert:

„Die gezielt aus dem akademischen Diskurs vorangetriebene Entwicklung des Klassenhasses auf die ArbeiterInnen und die damit einhergehende elitäre, arrogante Kultur eben jener, welche diese Diskurse fördern, zersetzen und lähmen die gesamte Linke. Der linke ArbeiterInnenhass ist die Suche nach dem Schulterchluss mit dem liberalen Bürgertum und macht damit rechte Scheinalternativen attraktiver. Diesem Problem kann nur entgegengetreten werden, indem sich die radikale Linke selbst reinigt von bürgerlichen akademischen Ideen, welche Klassenhass und elitäres Denken fördern.“

Trotzdem würden wir es gerne *noch* etwas genauer wissen:

- Was ist Eure Definition von „Bürgertum“? Was für Leute fallen Eures Erachtens alles unter den Begriff?

⁵ Nur im Rande sei angemerkt, daß uns etwas flau im Magen wird, wenn wir von „zersetzen“ als negativem und „reinigen“ als positivem Begriff lesen.

- Und genauso auch in Bezug auf „ArbeiterInnen“: Wie definiert ihr dieses Wort? Einerseits: Arbeiten nicht auch die meisten KapitalistInnen – und die meisten von ihnen sogar ziemlich viel? Oder meint ihr ausschließlich Fabrik- und/oder HandarbeiterInnen? Kommt es also auf den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit oder auf die soziale Stellung an? Warum spricht Ihr nicht von „Lohnabhängigen“? Ist Lohnabhängigkeit nicht gerade das entscheidende Merkmal der beherrschten und ausgebeuteten Klasse in der kapitalistischen Produktionsweise⁶?
Wo konnte je und wo kann zumal heute *ganz* ohne Kopf und nur mit der Hand gearbeitet werden? Und was ist eine Hand, die einen Füllfederhalter oder eine Computertastatur bedient – ist das Hand- oder Kopfarbeit?
- Und was meint Ihr mit „Klassenhass und elitäres Denken“?

8. Wissbegierig, wie wir sind, haben wir uns deshalb auf Eurer Homepage umgesehen und dort Euren Text [„Über die Wahlen, den Rechtsruck und eine linksradikale Gegenstrategie“](#) gefunden. Dort schreibt Ihr:

- „Es wäre falsch anzunehmen, dass tatsächlich alle AfD WählerInnen beinharte RassistInnen sind.“
- „Viele Menschen [...] merken [...], dass sie von sozialem Abstieg bedroht sind, weil sich die Schere zwischen Arm und Reich munter weiter öffnet. Und wer es nicht nach oben schafft, landet logischerweise unten.“
- „Die Wahlen in einer parlamentarischen Demokratie wie der BRD sind, was die Durchsetzung der Interessen der unteren Klassen betrifft, ziemlich unwichtig. Es geht nur darum, von wem wir regiert werden. Niemand fragt uns, ob wir überhaupt regiert werden wollen und wie das Ganze aussehen soll. [...]. Es gibt da draußen verdammt viele, die absolut nichts von dieser Art Demokratie halten, weil sie immer wieder enttäuscht wurden. Die Meinung, dass Wählen an sich nichts ändert ist doch total verbreitet. Und so tun viele das einzige, was ihnen ihrer Meinung nach noch übrig bleibt, nämlich aus Protest die anderen [gemeint ist anscheinend wiederum die AfD] wählen oder gar nicht mehr wählen.“
- „Wir müssen antikapitalistische Perspektiven erarbeiten und sie genau da, wo die Leute vom System enttäuscht werden, anbieten.“ Aber die „radikale Linke [...] schafft es kaum, diejenigen zu erreichen, die vom System enttäuscht sind. Sie sorgte in den letzten Jahren sogar noch eher dafür, dass diese sich von der Linken abwenden.“
- „Anstatt dieses Potential zu erkennen und zu versuchen es zu nutzen machen viele Linke aber etwas anderes: Sie verurteilen diese Menschen größtenteils moralisch: Rassismus ist ganz böse, zuerst an sich denken ist ganz böse, Angst vor Fremden haben ist ganz böse.“

Wir müssen leider sagen: Wir haben eine ganz andere Analyse der AfD, der AfD-WählerInnen und der gesellschaftlichen Lage; und das, was Ihr als Anti-AfD-Strategie vorschlagt, hört sich für uns nach Martin Schulz und Sahra Wagenknecht auf linksradikal an:

⁶ Vgl. dazu unseren Text: *Den Klassen-Begriff diskutieren!*; <https://linksunten.indymedia.org/en/node/163936>.

- Wagenknecht⁷ und Schulz⁸ bieten an: *Law and order* und wieder ein bißchen mehr Sozialstaat.
- Ihr bietet: Kleinere „moralisch[e]“ Fehlhaltungen⁹, wie Rassismus und Sexismus – Schwamm drüber; kämpft mit uns gegen den Kapitalismus.

Wir würden unsere Analyse wie folgt zusammenfassen:

- Bei den sechs letzten Landtagswahlen (Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland) war das **Thema „Flüchtlinge“** immer das Thema, das die *meisten* AfD-WählerInnen als für ihre Wahlentscheidung als wichtig nannten – und zwar zwischen 54 % in Mecklenburg-Vorpommern und 69 % in Baden-Württemberg. Diese Werte waren jeweils zwischen 30 Prozentpunkten (in Sachsen-Anhalt) und 46 Prozentpunkten (im Saarland) höher als beim Durchschnitt aller WählerInnen.^a Dabei ist zu berücksichtigen, daß die AfD-WählerInnen ja selbst in den Durchschnitt *aller* WählerInnen eingehen; der Unterschied also noch *größer* wäre, wenn die AfD-WählerInnen mit dem Durchschnitt der WählerInnen der *anderen* Parteien verglichen würde (dazu liegen uns aber keine Zahlen vor).
- Das Thema, bei dem sich bei den genannten Wahlen die zweitgrößten Unterschiede zeigten, war das **Thema „Innere Sicherheit“**. Unter den AfD-WählerInnen war der Anteil derjenigen, die das Thema als wichtig für ihre Wahlentscheidung bezeichneten, zwischen 9 Prozentpunkten (in Mecklenburg-Vorpommern) und 23 Prozentpunkten (in Berlin) höher als beim Durchschnitt der WählerInnen.^b
- Wir geraten sicherlich nicht ins haltlose Spekulieren, wenn wir annehmen, daß sich diese AfD-WählerInnen von der AfD eine *noch repressivere* Politik in diesen Politikbereichen erwarten. Ihr kritisiert zu Recht an manchen Linken: „Man nimmt die Leu-

7 „Wir haben in bestimmten Stadtvierteln längst Parallelwelten, aus denen sich der Staat mehr und mehr zurückgezogen hat und wo jetzt radikale Islamisten versuchen, die Freiräume zu besetzen. Diese Entwicklung verunsichert die Menschen. [...] Den Abbau von Polizeistellen haben wir schon immer kritisiert. Wir sind nicht die Partei des schwachen Staates, sondern wollen einen Staat, der so gut ausgestattet ist, dass er seine Aufgaben erfüllen kann. Dazu gehört die Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger, übrigens auch der sozialen Sicherheit.“ (<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sahra-wagenknecht-die-linke-ist-nicht-die-partei-des-schwachen-staates-14451342.html>)

8 „Mir ist wichtig, dass die hart arbeitenden Menschen, *die sich an die Regeln halten*, die sich um ihre Kinder und oft auch um ihre Eltern kümmern, die manchmal trotz zweier Einkommen nur geradeso über die Runden kommen, dass wir diese Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. [...] *Wer in Deutschland straffällig wird und sich nicht an die Regeln hält, der wird die volle Härte deutscher Gesetze und der Sicherheitsbehörden spüren.* Für eine solche Null-Toleranz Politik mit Augenmaß stehen die SPD-Innenminister in den Ländern genauso wie unsere Sicherheitspolitiker im Bund.“ (https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20170129_Rede_Schulz.pdf, S. 5, 11 – unsere Hv.)

9 Dabei seid *Ihr* es, die Rassismus und Sexismus zu einem moralischen Problem erklären. Vielmehr handelt es sich aber auch dabei um „Kämpfe um [...] Stellung[en] und Handlungsoptionen“ ([BA-These 1](#)) – in dem Falle: um Kämpfe von Weißen gegen Schwarze; von Männern gegen Frauen (vgl. ebd., These 5: „Die alltäglichen Auseinandersetzungen können aber auch reaktionäre Deutungen und ‚Lösungsansätze‘ fördern. Auch diese stellen eine Variante von sozialen Kämpfen dar.“).

te schlichtweg nicht ernst.“¹⁰ Wenn die **AfD-WählerInnen ernstzunehmen** sind, dann sind sie doch wohl zuallererst mit dem, was sie selbst über ihre Wahlmotive sagen,¹¹ und womit die AfD ihre Wahlkämpfe bestreitet, ernstzunehmen – anstatt den AfD-WählerInnen eine/n mit linken Vorstellungen kompatible/n Antikapitalismus und ‚Systemkritik‘ zu unterstellen.

- Nun werdet Ihr Euch vielleicht – wie viele SozialreformistInnen auch – darauf berufen, daß dennoch in den meisten der genannten Bundesländer das **Thema „soziale Gerechtigkeit“** das am zweithäufigsten – als wichtig für eine Wahlentscheidung zugunsten der AfD bezeichnete – Thema war; und auch in Berlin und im Saarland war es immerhin noch das am dritthäufigsten genannte Thema.

++ Allerdings lagen diese Werte bei den AfD-WählerInnen in Berlin um 19,5 Prozentpunkte und im Saarland um 15 Prozentpunkte und in den anderen Bundesländern um 4 bis 6 Prozentpunkte *unter* dem Durchschnitt aller WählerInnen.¹² Insbesondere von den Linkspartei- und SPD-WählerInnen und z.T. auch den WählerInnen der Grünen wurde das Thema „soziale Gerechtigkeit“ *deutlich häufiger* als wahlentscheidend benannt.

10 „Da wird sich dann über den Mangel an Rechtschreibfähigkeiten oder Ausdrucksvermögen Rechter in den ‚sozialen‘ Netzwerken lustig gemacht, anstatt die Aussagen richtig zu kritisieren. Da wird sich über die BewohnerInnen von Plattenbausiedlungen lustig gemacht, die pauschal als Rechte verschmäht werden („Nazistau im Plattenbau“). Man nimmt die Leute schlichtweg nicht ernst.“

11 Darüber hinaus lassen auch die AfD-WählerInnen, die *nicht* das Thema „Flüchtlinge“ als wichtig für ihre Wahlentscheidung zugunsten der AfD nennen, an ihrer diesbzgl. Einstellung *keinen* Zweifel – jeweils über 89 % *aller* AfD-WählerInnen gaben bei den genannten sechs Landtagswahlen an, sich „wegen des Flüchtlingszuzugs“ davor zu sorgen, „dass der Einfluss des Islam zu stark“ und „die Kriminalität in Deutschland ansteigen wird“:

- Sachsen-Anhalt: 92 bzw. 95 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-afd/chart_8893277.shtml)
- Baden-Württemberg: 90 bzw. 94 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-afd/chart_8887443.shtml)
- Rheinland-Pfalz: 95 bzw. 91 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-afd/chart_8863772.shtml)
- Mecklenburg-Vorpommern: 96 bzw. 91 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/charts/umfrage-afd/chart_8951832.shtml)
- Berlin: 96 bzw. 97 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-afd/chart_8991257.shtml)
- Saarland: 100 bzw. 96 (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-gesellschaft/chart_24055.shtml – mit leicht abweichender Formulierung).

Die Schlußfolgerung, die sie daraus ziehen, ist auch eindeutig – und zwar mit noch größeren Mehrheiten (zu BaWü konnten wir allerdings keine Angabe finden): Sie finden gut, daß die AfD „den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will“:

- Sachsen-Anhalt: 99 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-afd/chart_8893273.shtml)
- Rheinland-Pfalz: 96 (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-afd/chart_8863778.shtml – mit der Formulierung „Migranten“ [statt „Ausländern“ und Flüchtlingen])
- Mecklenburg-Vorpommern: 100 (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/charts/umfrage-afd/chart_8951824.shtml – ohne das Wort „stärker“)
- Berlin: 99 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-afd/chart_8991247.shtml)
- Saarland: 100 % (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-aussagen/chart_24079.shtml – mit der Formulierung „Ausländern“ [statt „Ausländern“ und Flüchtlingen]).

12 http://www.trend.infopartisan.net/trd1016/Verteilungs-_od_Prod-Fragen_LANG_FIN_-Rev_13-10-16.pdf, S. 5 und <https://www.slideshare.net/oberhof/schnellanalyse-landtagswahl-saarland-2017>, S. 11.

Tabelle 1: „soziale Gerechtigkeit“ war für x Prozent der WählerInnen folgender Parteien in folgenden Bundesländern wichtig für die Wahlentscheidung

	Linkspartei	SPD	Grüne	AfD	CDU	FDP
Mecklenburg-Vorpommern ^c	75 %	60 %	60 %	48 %	35 %	42 %
Sachsen-Anhalt ^d	67 %	54 %	45 %	42 %	37 %	32 %
Rheinland-Pfalz ^e	75 %	61 %	48 %	39 %	29 %	28 %
BaWü ^f	79 %	61 %	47 %	37 %	28 %	24 %
Saarland ^g	78 %	66 %	38 %	34 %	32 %	23 %
Berlin ^h	81 %	66 %	54 %	32 %	30 %	24 %

++ Hinzukommt noch, und unseres Erachtens wichtiger noch ist, daß „Gerechtigkeit“ ein äußerst vager Ausdruck ist; schon Marx bemängelte:

„Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung ‚gerecht‘ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ‚gerechte‘ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über ‚gerechte‘ Verteilung?“ (MEW 19, 18)

Der Ausdruck wird nur wenig präziser, wenn ihm noch das Adjektiv „sozial“ vorangestellt wird; „sozialdemokratisch“ ist nicht „kommunistisch“¹³ und ein „Sozialstaat“ keine „kommunistische Gesellschaft“. Zwar wird es schon kein Zufall sein, daß den CDU- und FDP-WählerInnen die „soziale Gerechtigkeit“ *noch weniger* wichtig war als den AfD-WählerInnen – aber während FDP- und CDU-WählerInnen einen mehr oder minder ‚reinen‘ Kapitalismus wünschen, verlangen AfD-WählerInnen (zumeist sind es: Wähler) eine **männliche und weiße Dividende**.

Was letztere als „ungerecht“ empfinden, ist nicht, daß – soweit sie Lohnabhängige sind – KapitalistInnen den Mehrwert ihrer Arbeit einstreichen, sondern es überhaupt KapitalistInnen (mit kleinem „i“) gibt und daß Geflüchtete überhaupt ein paar Brosamen vom Verteilungskuchen abgekommen.¹⁴

Was die AfD-WählerInnen bemerken, ist nicht (oder jedenfalls *weniger*), daß „sie von sozialem Abstieg bedroht sind“, als vielmehr, daß die Klasse der Lohnabhängigen auch hier zunehmend multiethnisch wird und die „Arbeiteraristokratie“ (um nur der Geläufigkeit halber auf diese – unseres Erachtens ziemlich problematische – Metapher zurückzugreifen) nicht mehr rein weiß und rein männlich ist.

13 „Man wird bemerken, daß [...] ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten. Dies, weil damals in verschiedenen Ländern Leute sich Sozialdemokraten nannten, die keineswegs die Übernahme sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben hatten. [...]. Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunkts einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen. [...] Denn er] bleibt für eine Partei [unpassend], deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist.“ (MEW 22, 417, 418)

14 Dazu passt, daß bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 99 bzw. 97 % der AfD-WählerInnen angaben, sich „wegen des Flüchtlingszuzugs“ davor zu sorgen, daß die „Sozialausgaben [...] zu stark steigen werden“ (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-afd/chart_8991257.shtml und http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/charts/umfrage-afd/chart_8951832.shtml; für die anderen Wahlen konnten wir zu diesem Punkt keine Angaben finden).

- Ihr mögt außerdem argumentieren, daß in der Tat überproportional viel „Arbeiter“¹⁵ (im Unterschied zu „Angestellten“ etc.“) AfD wählen:

Tabelle 2: 2016/17 – Anteil der AfD an....ⁱ

	an allen WählerInnen	an den arbeitslosen WählerInnen	an den „Arbeiter[n]“ (im Unterschied zu „Angestellten“ etc.)	
Sachsen-Anhalt	24,2 %	38 %	37 %	+ 52,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	20,8 %	29 %	33 %	+ 58,7 %
Rheinland-Pfalz	12,6 %	27 %	24 %	+ 90,5 %
BaWü	15,1 %	32 %	30 %	+ 98,7 %
Berlin	14,2 %	22 %	28 %	+ 97,2 %
Saarland	6,2 %	7 %	9 %	+ 45,2 %

Anmerkung zur letzten Spalte:

Der Anteil der AfD-WählerInnen unter den „Arbeiter[n]“ lag um x % über dem AfD-Anteil an allen WählerInnen; berechnet nach der Formel: Wert in der vorletzten Spalte *minus* dem Wert in der zweiten Spalte *mal* 100 *dividiert* durch den Wert in der ersten Spalte.

Würden, da es sich in Spalte 3 und 4 augenscheinlich um gerundete Werte handelt, auch in Spalte 2 gerundete Zahlen verwendet, so würde sich in der letzten Spalte für zwei Bundesländer (MV und Rh.-Pf.) ein höherer und für vier Bundesländer ein niedrigerer Wert ergeben.

Ein erster Punkt der GenossInnen mit emanzipatorischem Anspruch diesbezüglich nachdenklich machen sollte, ist, daß der AfD-Anteil unter den Wählern deutlich *höher* ist als unter den WählerInnen. Es wäre also jedenfalls zu kurz gegriffen zu sagen, AfD-WählerInnen seien typischerweise WählerInnen in einer gesellschaftlich benachteiligten Position. Denn in Bezug auf das Geschlechterverhältnis trifft dies jedenfalls nicht zu.

Tabelle 3: 2016/17 – Anteil der AfD an....

		an allen WählerInnen	an den Wählerinnen	an den Wählern	
Sachsen-Anhalt	i.-d.	24,2 %	19 %	29 %	+ 19,8 %
	R. W.	24,3 %	19,1 %	29,6 %	+ 21,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	i.-d.	20,8 %	16 %	25 %	+ 20,2 %
	R. W.	nicht gefunden; die Forschungsgruppe Wahlen ^l gelangte zu den gleichen Werten wie infratest-dimap			
Rheinland-Pfalz	i.-d.	12,6 %	9 %	15 %	+ 19,0 %
	R. W. ^k	13,0 %	9,6	16,5 %	+ 26,9 %
BaWü	i.-d.	15,1 %	12 %	18 %	+ 19,2 %
	R. W.	15,1 %	11,6 %	18,7 %	+ 23,8 %
Berlin	i.-d.	14,2 %	11 %	18 %	+ 26,8 %
	R. W.	14,2 %	10,6 %	18,1 %	+ 27,5 %
Saarland	i.-d.	6,2 %	5 %	8 %	+ 29,0 %
	R. W.	nicht gefunden; vgl. auch dort, S.9			

i.-d. = infratest-dimap^l; R.W. = (amtliche) Repräsentative Wahlstatistik^m (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Repr%C3%A4sentative_Wahlstatistik) – ein Vergleich der unterschiedlichen Quellenarten zeigt, daß die infratest-dimap-Zahlen in Bezug auf das Wahlverhalten von Männern und Frauen in aller Regel (Ausnahme: Bremen 2015 [s. unten Tabelle 5] sowie Rheinland-Pfalz 2016) um weniger als ein Prozentpunkt von den deutlich verlässlicheren Zahlen der Repräsentativen Wahlstatistik abweichen.

Anmerkung zur letzten Spalte:

Der AfD-Anteil an den Wählern lag um x % über dem AfD-Anteil an allen WählerInnen; berechnet nach der Formel: Wert in der vorletzten Spalte *minus* dem Wert in der zweiten Spalte *mal* 100 *dividiert* durch den Wert in der ersten Spalte.

¹⁵ „Arbeiter“ ist das [generische Maskulinum](#) von infratest-dimap und schließt Frauen mit ein. Wir setzten den Ausdruck wegen unserer oben dargestellten Bedenken in Anführungszeichen.

Jedenfalls unter dem Gesichtspunkten des schichten-spezifischen Wahlverhaltens haben sich die **Unterschiede** gegenüber den Wahlen vor dem Sommer 2015 **verstärkt** (bei den Arbeitslosen erzielte die AfD bei den früheren Wahlen zum Teil sogar *unterdurchschnittliche* Ergebnisse).¹⁶

++ Während der AfD-Anteil unter den „Arbeitern“ bei den Landtagswahlen 2016 + Saarland 2017 in drei von sechs Fällen um mehr als 90 % über dem AfD-Anteil an allen WählerInnen lag (Rheinland-Pfalz, BaWü, Berlin), trat ein solch hoher Unterschied bei den Wahlen von 2013 bis 2015 gar nicht auf. Gleichzeitig gab es damals bei vier von acht Wahlen einen Unterschied von weniger als 45 % (s. Tabelle 5 auf S. 14); ein solch relativ geringer Unterschied trat bei den späteren Wahlen gar nicht mehr auf.

++ Nach den ebenfalls von infratest-dimap stammenden Zahlen lag der AfD-Anteil 2015/16 unter den Wählern in zwei von sechs Fällen um mehr als 25 % über dem AfD-Anteil an allen WählerInnen; in den anderen vier Fällen war er um 19 - 20,2 % höher.

Bei den sechs Wahlen 2014/15 (zu 2013 liegen uns insoweit keine Zahlen vor) lag der Unterschied einmal über 25 %, je einmal bei 22,6 und 22,6 sowie *dreimal unter 15 %* (s. Tabelle 6 auf S. 14).

Die *Verstärkung* des Männer-Überhangs unter den AfD-WählerInnen (von 2014/15 zu 2016/16) wird allerdings von der *Repräsentativen Wahlstatistik* jedenfalls nicht in gleicher Deutlichkeit bestätigt.¹⁷ Statt dessen ermöglicht die *Repräsentative Wahlstatistik* die Bundestagswahl 2013 in Bezug auf jene Bundesländer, in denen seit dem Sommer/Herbst 2015 Landtagswahlen stattfanden, mit den letztgenannte Landtagswahlen vergleichen. Dabei ergibt sich dann folgendes: In Berlin, Rheinland-Pfalz und im Saarland stieg der Männer-Überhang unter den AfD-WählerInnen leicht; in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist er *sehr* leicht gesunken und in Baden-Württemberg, wo er bei der Bundestagswahl 2013 höher war als in den anderen Ländern ist er leicht gesunken.¹⁸

Nun mögt Ihr sagen, die Unterschieds-Verstärkung sei der Effekt davon, daß der offenen neoliberalen Flügel um Lucke und Henkel aus der AfD herausgedrängt wurde. – Aber zeichnet den anderen Flügel und das öffentliche Erscheinungsbild der AfD seitdem vor allem aus, daß sie ‚sozialer‘, gar antikapitalistischer sind als Lucke und Henkel?¹⁹ Ist das vermehrte AfD-Wählen durch Männer im allgemeinen und „Arbei-

16 Nicht auszuschließen ist, daß es sich insoweit um regionale Unterschiede und nicht um Unterschiede im zeitlichen Verlauf handelt (was unseres Erachtens aber eher unwahrscheinlich ist).

17 2014/15 lag bei drei von sechs Wahlen der AfD-Anteil an den Wählern um mehr als 28 % über dem AfD-Anteil an allen WählerInnen; in drei Fällen betrug der Unterschied 23 oder weniger Prozent.

Für 2015/16 liegen bisher für vier Wahlen Zahlen der *Repräsentativen Wahlstatistik* vor. Daraus ergibt sich für zwei Wahlen ein Unterschied von mehr als 25 % und für zwei Wahlen ein Unterschied von weniger als 24 % (s. Tabelle 6 auf S. 14).

Für Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland liegen insoweit noch keine Zahlen vor; verwenden wir statt dessen für diese beiden Länder die Umfragedaten von infratest-dimap kommen, Unterschiede von 29 % (Saarland) und 20,2 % (MV) hinzu.

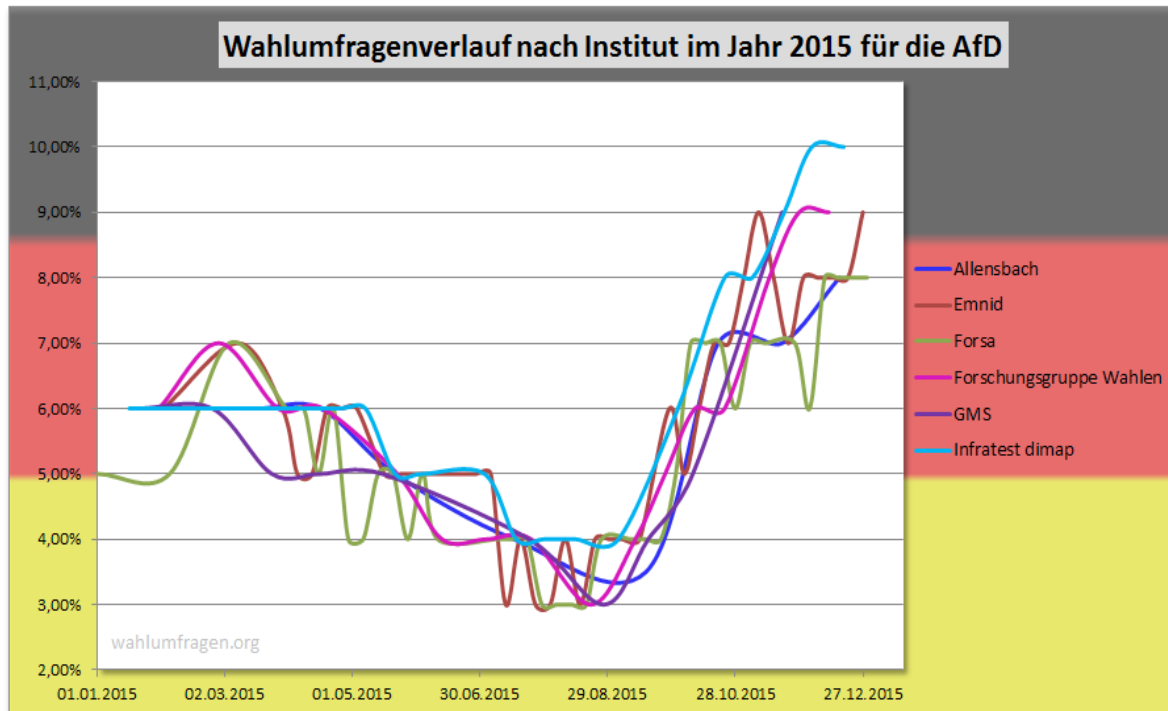
18 Die folgende Auflistung ist wie folgt zu lesen: Bei der Bundestagswahl 2013 war in Berlin der AfD-Anteil an den Wählern 1,59-mal so groß, wie an den Wählerinnen (mit kleinem „i“); bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 war er dann 1,71-mal so groß (also eine Erhöhung um 0,12) usw.:

- **Berlin – Bund (S. 44)**: 6,2 (AfD-Anteil an den Wählern) : 3,9 (AfD-Anteil an der WählerInnen) = 1,59; Berlin – Land: 18,1 : 10,6 = 1,71 (+ 0,12)
- **Rheinland-Pfalz – Bund (S. 9)**: 6,0 : 3,7 = 1,62; Rheinland-Pfalz – Land: 16,5 : 9,6 = 1,72 (+ 0,1)
- **Saarland – Bund (S. 8)**: 6,3 : 4,2 = 1,5; Saarland – Land (bisher nur Umfragedaten): 8 : 5 = 1,6 (+ 0,1)
- **Sachsen-Anhalt – Bund (S. 14)**: 5,5 : 3,5 = 1,57; Sachsen-Anhalt – Land: 26,9 : 19,1 = 1,55 (- 0,02)
- **Mecklenburg-Vorpommern – Bund (S. 17)**: 7,1 : 4,4 = 1,61; Mecklenburg-Vorpommern – Land (nur Umfragedaten): 25 : 16 = 1,56 (- 0,05)
- **Baden-Württemberg – Bund**: 6,7 : 3,9 = 1,72; Baden-Württemberg – Land: 18,7 : 11,6 = 1,61 (- 0,11).

19 Das Thema „Wirtschaft / Arbeit“ ist für AfD-WählerInnen jedenfalls *kein* herausragendes Motiv, diese Partei zu wählen (siehe Tabelle 7 auf S. 15).

ter“ insbesondere also eine Belohnung für *diese* Neuausrichtung? Oder ist es das **Resultat des radikalisierten Rassismus** der AfD?

Gegen erstere Annahme spricht allein schon, daß die AfD in den bundesweiten Umfragen der ersten acht Monate des Jahre 2015 zunächst zunehmend schlechter und dann zunehmend stärker abschnitt:



Quelle: https://www.wahlumfragen.org/bundestagswahl/2015/afd_wahlumfragen_2015.php

Nichts spricht dafür, daß dieser Anstieg an etwas *anderem* als der Positionierung der AfD zu den Geflüchteten liegt:

++ Dies zeigen die oben schon zitierten Umfragen, nach denen 54 % bis 69 % der AfD-WählerInnen gerade die Geflüchtetenpolitik als wichtig für ihre Wahlentscheidung benennen.

++ Es läßt sich außerdem daraus erschließen, daß es im fraglichen Zeitraum dagegen keine weiteren Sozialkürzungen, Arbeitsmarkteinbrüche, Erhöhungen der Massensteuern oder massiv gescheiterte Lohnkämpfe gab – also nichts, was für einen Bedeutungsgewinn des Themas „soziale Gerechtigkeit / Antikapitalismus“ und einer *daraus* resultierenden Änderung des Wahlverhaltens spricht.

++ Gegen die Annahme, daß etwas anderes als die Positionierung zu den Geflüchteten ausschlaggebend sei, spricht schließlich, daß bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen 2014 das Thema „Ausländer/Zuwanderung“ bzw. „Flüchtlinge/Zuwanderung“ (wie es damals genannt wurde) zwar auch schon am häufigsten als für eine Wahlentscheidung zugunsten der AfD „wichtig“ genannt wurde, aber da-

Eine kühne These wäre, zu sagen: Dies liege daran, daß den AfD-WählerInnen ihre Partei nicht antikapitalistisch genug sei. Weit aus realistischer erscheint allerdings: Für AfD-WählerInnen macht sich „soziale Gerechtigkeit“ nicht (oder jedenfalls kaum) am Thema „Wirtschaft / Arbeit“ fest, sondern „gerecht“ geht es deren Erachtens dann zu, wenn Weiße besser dran sind als Schwarze und Männer besser dran als Frauen.

mals *weniger* häufig, als bei späteren Wahlen; auch das Thema „soziale Gerechtigkeit“ war den AfD-WählerInnen damals *weniger* wichtig. Wir könnten also schlußfolgern, daß für AfD-WählerInnen gerade der Zuzug von Geflüchteten eine „Gerechtigkeits“-Verletzung darstellt und dies die hohen AfD-Umfrage- und Wahlergebnisse seit Ende August 2016 erklärt.

Tabelle 4: Das jeweils genannte Thema war für x Prozent der WählerInnen der jeweils genannten Parteien wichtig für die Wahlentscheidung

	AfD HH	SPD HH	FDP HH	alle HH ⁿ	AfD HB	FDP HB	alle HB
Ausländer / Zuwanderung	33 %	k.A.	k.A.	16 %	54 %	k.A.	14 %
Bildung	26 %	28 %	32 %	26 %	21 %	43 %	34 %
Verkehr / Infrastruktur	21 %	18 %	23 %	18 %	k.A.	k.A.	k.A.
Wirtschaft	k.A.	21 %	37 %	20 %	21 %	41 %	22 %
soziale Gerechtigkeit	k.A.	13 %	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	20 %
Wohnen / Mieten	k.A.	15 %	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Hafen	k.A.	k.A.	15 %	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Haushalt / Verschuldung	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	22 %	k.A.	k.A.

Anmerkung:

Zu den anderen Parteien und den noch früheren Wahlen konnten wir keine diesbzgl. Zahlen finden. Wir vermuten, daß „k.A.“ (keine Angabe) Werte betrifft, die jedenfalls unterhalb des für die jeweilige Partei niedrigsten, genannten Wertes liegen.

Bleiben die Fragen: Warum haben gerade „Arbeiter“ und Arbeitslose auf die Zuwanderung von Geflüchteten im Sommer/Herbst 2015 mit Rassismus und einer Wahlentscheidung zugunsten der AfD reagiert? Und wie ließe sich das ändern? – Wir haben auf diese beiden Fragen auch keine Antwort, aber uns scheint, daß die Antwort auf die zweite Frage jedenfalls nicht darin liegt, ihnen eins vom Pferd „Antikapitalismus“ zu erzählen.

- Nun mag es des weiteren so sein (und auch uns scheint es so, daß es so ist), daß AfD-WählerInnen auf ‚das System‘ schimpfen; aber wir hoffen doch zumindest, daß Linksradikale, die ebenfalls auf ‚das System‘ schimpfen eine sowohl komplexere als auch präzisere Vorstellung von dem, was sie als ‚das System‘ bezeichnen, haben als AfD-WählerInnen.

Auch wenn auch einige AfD-WählerInnen nicht (nur) von „sozialer Gerechtigkeit“, sondern (auch) von Antikapitalismus sprechen mögen, so scheint uns nichts darauf hinzudeuten, daß sie mit „Kapitalismus“ auch nur annäherungsweise das meinen, was Karl Marx als „kapitalistische Produktionsweise“ bezeichnete. Und wenn es anders wäre, wäre es erstaunlich, warum sie die AfD wählen, anstatt sich einer der zahllosen linken Gruppen und Mini-Organisationen anzuschließen.

++ Sagt nicht gegen unsere These: „weil sie mini sind“ – denn die AfD hat ja auch mal klein angefangen.

++ Und sagt auch nicht gegen unsere These: wegen des „linke[n] ArbeiterInnenhass[es]“ – denn außer der Szene-Linken gibt es auch noch eine ganze Reihe von stalinistischen, maoistischen und trotzkistischen Gruppen, die noch dem Proletkult ([Workerismus](#); [Ouvrierismus](#)) – also dem Kult der „schwierigen Faust“ (vgl. [LW 5](#), 478) – frönen und mit ‚Gender-Gedöns‘ genauso wenig am Hut haben wie AfD-WählerInnen und Gerhard Schröder²⁰.

- Schließlich sind wir uns nicht einmal sicher, daß viele AfD-WählerInnen (wenn auch aus falschen Gründen und mit falschen Alternativen) die parlamentarische Demokratie ablehnen; jedenfalls die AfD selbst sagt es nicht (offen). Eher wahrscheinlich erscheint uns, daß sie eine parlamentarische Demokratie²¹ mit „formierter Gesellschaft“ à la Ludwig Erhard bevorzugen. Es geht ihnen nicht um Antikapitalismus, sondern um 68er-Kritik; es geht ihnen *auch* um Neoliberalismus-Kritik, aber *nur* insoweit, als der Neoliberalismus manchen 68er-Anliegen, denen noch Helmut Schmidt und Helmut Kohl im Wege standen, (*insoweit* erfreulicherweise) nicht mehr im Wege steht. Sie vermissen nicht einmal den Herz-Jesu-Sozialisten Norbert Blüm (schon gar nicht revolutionäre MarxistInnen oder Autonome), sondern [Franz-Josef Strauß](#), [Alfred Dregger](#) und [Heinrich Lummer](#).
- **Summa summarum:** Uns scheint, bevor es gelingen könnte, AfD-WählerInnen mit einer vor die Nase gehaltenen Wurst „Antikapitalismus“ für linke Positionen zu gewinnen, bedürfte es einer linken Strategie dafür, Menschen mit konkurrenz-autoritärer Einstellung für emanzipatorisch-solidarische Alternativen zu gewinnen.

Zum Weiterlesen:

„Identitätspolitik“ vs „soziale Frage“?

<https://systemcrash.wordpress.com/2017/02/04/identitaetspolitik-vs-soziale-frage/>

20 „Christine Bergmann startete für die SPD als ‚Fachfrau für Familie und das ganze Gedöns‘ 1998 ins Amt. Mit diesem Satz bewarb Gerhard Schröder im Wahlkampf ihre Qualitäten als Ministerin für Familie, Senioren, **Frauen** und Jugend.“ (<https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/bundesfrauenministerium-101.html> [unsere Hv.] – Bild 5; vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/politik/schroeders-sprueche-familie-und-das-ganze-gedoens-1.2658859-2> und: „Christine Bergmann im Wahlkampf 1989 [recte: 1998] [von Gerhard Schröder] als ‚Fachfrau für Familie und das ganze Gedöns‘ präsentiert“ [http://www.deutschlandfunk.de/von-gedoens-bis-gender.724.de.html?dram:article_id=97816]).

21 Darauf deutet jedenfalls hin, daß

- bei den Landtagswahlen in BaWü, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zwischen 57 und 72 % der AfD-WählerInnen angaben, daß sie gut fänden, „wenn hier die CSU gewählt werden könnte“ (http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-afd/chart_8893285.shtml) und
- 2016 die Umfrageergebnisse für die AfD in Bayern schlechter ausfielen als bundesweit (s. <https://www.wahlumfragen.org/bayern/> versus https://www.wahlumfragen.org/bundestagswahl/2016/afd_wahlumfragen_2016.php).

Tabelle 5: 2013 - 2015 – Anteil der AfD an....

	an allen WählerInnen (genau: Wikipedia)	an den arbeitslosen WählerInnen	an den „Arbeiter[n]“ (im Unterschied zu „Angestellten“ etc.)	
Bundestag 2013	5 % (genau: 4,7 %)	3 %	6 %	+ 27,7 %
Hessen	4 % (genau: 4,1 %)	4 %	6 %	+ 46,3 %
EU-Parlament 2014 (S. 11)	7 % (genau: 7,1 %)	5 %	10 %	+ 40,8 %
Sachsen 2014	10 (genau: 9,7 %)	12 %	15 %	+ 54,6 %
Brandenburg 2014	12 % (genau: 12,2 %)	14 %	19 %	+ 55,7 %
Thüringen 2014	11 % (genau: 10,6 %)	10 %	16 %	+ 50,9 %
Hamburg 2015	genau: 6,1 %	7 %	11 %	+ 80,3 %
Bremen 2015	5 % (genau: 5,5 %)	7 %	7 %	+ 27,3 %

Tabelle 6: 2013 - 2015 – Anteil der AfD an....

		an allen WählerInnen	an den Wählerinnen	an den Wählern	
EU-Parl. 2014	i.-d. ^o	7 % (genau: 7,1 %)	5 %	9 %	+ 26,8 %
	R. W. ^p	7,1 %	5,1 %	9,1 %	+ 28,2 %
Sachsen 2014	i.-d.	9,7 %	8 %	11 %	+ 13,4 %
	R. W.	9,7 %	7,8 %	11,7 %	+ 20,6 %
Brandenburg 2014	i.-d.	12,2 %	10 %	15 %	+ 23,0 %
	R. W. ^q	12,2 %	9,5 %	15,0 %	+ 23,0 %
Thüringen 2014	i.-d.	10,6 %	9 %	13 %	+ 22,6 %
	R. W. ^r	10,8 %	8,9 %	12,8 %	+ 18,5 %
Hamburg 2015	i.-d.	6,1 %	5 %	7 %	+ 14,8 %
	R. W. ^s	6,1 %	4,6 %	7,9 %	+ 29,5 %
Bremen 2015	i.-d.	5,5 %	4 %	6 %	+ 9,1 %
	R. W. ^t	5,6 %	3,7 %	7,6 %	+ 35,7 %

Anmerkung:

Auf das Geschlecht bezogene Angaben zu den AfD-WählerInnen bei der Bundestagswahl und der Hessischen Landtagswahl 2013 konnten wir nicht finden. Die letzte Spalte wurde in der gleichen Weise, wie auf Seite 9 erklärt, berechnet.

Würden, da es sich in Spalte 3 und 4 augenscheinlich um gerundete Werte handelt, für die Berechnung der letzten Spalte auch gerundete (statt genauer) Zahlen verwendet, so würde sich in der letzten Spalte in beiden Tabellen in Bezug auf die infratest-dimap-Zahlen für je die Hälfte der Bundesländer ein höherer bzw. niedrigerer Wert ergeben.

Die starken Abweichungen in der letzten Spalte zwischen den infratest-dimap-Zahlen und den Zahlen der *Repräsentativen Wahlstatistik* für Bremen, Hamburg und Sachsen dürften daraus resultieren, daß sich Rundungsdifferenzen, die ggf. etwaige Ungenauigkeiten verstärken, bei einstelligen Wahlergebnissen prozentual ziemlich stark auswirken (0,5 Prozentpunkt sind in Bezug auf ein 5 %-Wahlergebnis bereits 10 %).

Tabelle 7	Linkspartei	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
BaWü	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Flüchtlinge
	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Umwelt / Energie	2. Schule / Bildung	2. Schule / Bildung	2. soz. Gerechtigkeit
	3. Flüchtlinge	3. Schule / Bildung	3. Wirtschaft / Arbeit	3. soz. Gerechtigkeit	3. soz. Gerechtigkeit	3. innere Sicherheit
	4. Schule / Bildung	4. Flüchtlinge	4.a) Schule / Bildung b) Flüchtlinge	4. Flüchtlinge	4. Flüchtlinge	4. Wirtschaft / Arbeit
Sachsen-Anhalt	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. Umwelt / Energie	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Flüchtlinge
	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Wirtschaft / Arbeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. soz. Gerechtigkeit
	3. Schule Bildung	3. Schule / Bildung	3. Wirtschaft / Arbeit	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. innere Sicherheit
	4. innere Sicherheit	4. Flüchtlinge	4. Flüchtlinge	4. innere Sicherheit	4.a) innere Sicherheit b) Flüchtlinge	4. Wirtschaft / Arbeit
Rheinland-Pfalz	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. Umwelt / Energie	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Flüchtlinge
	2.a) Wirtschaft / Arbeit	2. Wirtschaft / Arbeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. Schule / Bildung	2. Schule / Bildung	2. soz. Gerechtigkeit
	b) Flüchtlinge	3. Schule / Bildung	3. Flüchtlinge	3. soz. Gerechtigkeit	3. soz. Gerechtigkeit	3. innere Sicherheit
	4. Umwelt / Energie	4. Flüchtlinge	4. Schule / Bildung	4. Flüchtlinge	4.a) innere Sicherheit b) Flüchtlinge	4. Wirtschaft / Arbeit
Mecklenburg-Vorpommern	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Flüchtlinge
	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Umwelt / Energie	2. soz. Gerechtigkeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. soz. Gerechtigkeit
	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. innere Sicherheit	3. Schule / Bildung	3.a) innere Sicherheit
	4. Flüchtlinge	4. innere Sicherheit	4. Wirtschaft / Arbeit	4. Schule Bildung	4. innere Sicherheit	b) Wirtschaft / Arbeit
Berlin	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Flüchtlinge
	2. Mieten / Wohnen	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Umwelt / Energie	2. innere Sicherheit	2. Schule / Bildung	2. innere Sicherheit
	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. soz. Gerechtigkeit	3. soz. Gerechtigkeit	3. soz. Gerechtigkeit
	2. Wirtschaft / Arbeit	4. Mieten / Wohnen	4. Flüchtlinge	4. Schule / Bildung	4. innere Sicherheit	4. Wirtschaft / Arbeit
Saarland	1. soz. Gerechtigkeit	1. soz. Gerechtigkeit	1. Umwelt / Energie	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Wirtschaft / Arbeit	1. Flüchtlinge
	2. Wirtschaft / Arbeit	2. Wirtschaft / Arbeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. soz. Gerechtigkeit	2. Schule/Bildung	2. innere Sicherheit
	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. Schule / Bildung	3. innere Sicherheit	3. soz. Gerechtigkeit	3. soziale Gerechtigkeit
	4.a) Haushalt/Finanzen b) Flüchtlinge c) innere Sicherheit	4. innere Sicherheit	4.a) Flüchtlinge b) Wirtschaft / Arbeit	4. Schule / Bildung	4. innere Sicherheit	4. Wirtschaft / Arbeit

Anmerkung: Wenn zwei Themen gleich häufig (als wichtig für die Wahlentscheidung zugunsten der jeweiligen Partei) genannt wurden, nennen wir das Thema als erstes, in Bezug auf das sich die Häufigkeit der Nennung stärker positiv vom Durchschnitt aller WählerInnen unterscheidet (z.B. Grüne BaWÜ: „Schule/Bildung“ wird von den Grünen-WählerInnen häufiger als vom Durchschnitt aller WählerInnen als wichtig für die eigene Wahlentscheidung bezeichnet; „Flüchtlinge“ dagegen weniger häufig).

Quellen: Siehe Endnote c) bis g).

a Siehe dazu die in den folgenden Endnoten c - h jeweils für die AfD genannten Nachweise. Der entsprechende Wert für den Durchschnitt aller WählerInnen ist jeweils an gleicher Stelle genannt.

b Es gilt das Gleiche, wie in Endnote a gesagt.

c ursprünglich: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/09/SPD_Schnellanalyse_LTW_-_Mecklenburg_Vorpommern.pdf (da die Datei dort nicht mehr vorhanden ist; wird sie nunmehr unter folgender Adresse bereitgestellt: http://plaene.blogspot.eu/files/2017/04/spd_schnellanalyse_ltw_-_mecklenburg_vorpommern.pdf), S. 17 (Linkspartei), 9 (SPD), 21 (Grüne), 25 (AfD), 13 (CDU) und 28 (FDP).

d http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314_Analyse_Sachsen-Anhalt_FINAL.pdf (da die Datei dort nicht mehr vorhanden ist; wird sie nunmehr unter folgender Adresse bereitgestellt: http://plaene.blogspot.eu/files/2017/04/160314_analyse_sachsen-anhalt_final.pdf), S. 14 (Linkspartei), 8 (SPD), 17 (Grüne), 23 (AfD), 11 (CDU) und 20 (FDP).

e http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-linkspartei/chart_8880542.shtml (Linkspartei) und ursprünglich http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314_SPD_Analyse_Rheinland-Pfalz_FINAL.pdf (dort nicht mehr vorhanden, aber nunmehr: www.spd-linz.de/dl/160314_SPD_Analyse_Rheinland-Pfalz_FINAL.PDF), S. 9 (SPD), 16 (Grüne), 23 (AfD), 13 (CDU) und 20 (FDP).

f http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-linkspartei/chart_8887305.shtml (Linkspartei) und http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/03/160314-Analyse_BadenW%C3%Bcrtemberg_FINAL.pdf (dort nicht mehr vorhanden, aber nunmehr: http://www.spdmarkdorf.de/files/160314-Analyse_BadenWuerttemberg_FINAL.pdf), unpaginiert: S. 15 (SPD), 12 (Grüne), 21 (AfD), 9 (CDU) und 18 (FDP).

g <https://www.slideshare.net/oberhof/schnellanalyse-landtagswahl-saarland-2017>, S. 9 (Linkspartei), 5 (SPD), 13 (Grüne), 11 (AfD), 7 (CDU) und http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-wahlentscheidend/chart_24169.shtml (FDP).

h ursprünglich: http://forum-dl21.de/wp-content/uploads/2016/09/SPD_Schnellanalyse_AGH_Berlin_2016.pdf (dort nicht mehr vorhanden, aber nunmehr: http://files.spd.berlin/pdf/SPD_Schnellanalyse_AGH_Berlin_2016.pdf), S. 21 (Linkspartei), 9 (SPD), 17 (Grüne) 29, (AfD), 13 (CDU) und 25 (FDP).

i Siehe hierzu wiederum die in den Endnoten c - h jeweils für die AfD genannten Nachweise und die jeweils vorhergehende Seite (für den AfD-Anteil an allen Wähler).

j <http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/rep-meck-pomm.pdf>, unpaginiert (S. 8 mit Endnote 2 auf S. 9).

k Amtliche Veröffentlichung nicht gefunden (vgl. <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/analys/index.html>); statt dessen verwendet: <http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/rep-rp.pdf>, S. 9.

l Es gilt auch hier das in vorstehender Endnote i Gesagte.

m Sachsen-Anhalt: http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6B711_5j_2016.pdf, S. 12

Baden-Württemberg: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landtag/Repraes.jsp> (Achtung: Auswahlmenü im Kopf der Tabelle beachten)

Berlin: https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/SB_B07-02-05_2016j05_BE.pdf, S. 11

n <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/index.shtml> (unterhalb der Graphik zur Wahlbeteiligung; achte Graphik von links).

o http://spd-hagen-cux.de/imperia/md/content/bezirknord-niedersachsen/hagen/pdfsab2014/spd-schnellanalyse_europawahl_2014.pdf, S. 11.

p Die amtliche Veröffentlichung enthält nur kumulierte Zahlen für alle „Sonstigen“ gemeinsam (S. 47); wir haben statt dessen verwendet: <http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/rep-btw.pdf>, S. 19.

q https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2014/SB_B07-02-05-2014j05_BB.pdf, S. 12.

r Amtliche Veröffentlichung nicht gefunden (vgl. <http://www.wahlen.thueringen.de/>); statt dessen verwendet: <http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/rep-thueringen.pdf>, unpaginiert (S. 8).

s http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2015/endgueltig/Hauptdokumente/B%C3%BCWa_2015_gesamt_endg%C3%Bcltig.pdf, S. 35.

t http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/StatistischeMitteilungen_119.pdf, S. 40.